

BZ vom 08.07.2008

Ziel ist ein durchgehendes und sicheres Radwegenetz

Lahrer Bund fordert ein durchgehendes Radverkehrskonzept für Lahr / Rücksicht auf Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen

LAHR (dü). Ein Radverkehrskonzept für die Stadt Lahr und die Bereitstellung von Mitteln im Haushalt fordert der Bund-Ortsverband für Lahr und das Schuttertal. Gestern hat Ulrich Sand vom Bund eine entsprechende Petition Oberbürgermeister Wolfgang G. Müller übergeben. Unterzeichnet wurde das zweiseitige Schreiben vom Verein Gemeinsam mobil, dem Lahrer Gesamtelternbeirat, dem ADFC und dem Verkehrsclub Deutschland, dem Naturschutzbund, dem Schwarzwaldverein und dem Hotel- und Gaststättenverband. Vor allem auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen, die auf das Rad als Verkehrsmittel angewiesen seien, müsse das Konzept zugeschnitten sein. Dabei bieten der Bund und die Mitunterzeichner der Verwaltung eine Mitbeteiligung bei der Planung an.

Mehrere Vorhaben schlägt der Bund vor, die sofort die Position der Radfahrer in Lahr stärken könnten: Wie in der Schwarzwaldstraße könnte auf den Hauptverkehrsstraßen ein Radstreifen gekennzeichnet werden. Radfahrer müssten Vorrang und ausreichenden Raum vor parkenden Autos erhalten. Des weiteren könnten Aufstellspuren vor vielen Am-

peln ausgewiesen werden. Alle Einbahnstraßen seien für den Radverkehr freizugeben. In den Stadtbussen sollten Fahrräder außerhalb der Stoßzeiten, zumindest aber bei Pannen mitgenommen werden dürfen. Dies alles, so ist der Bund überzeugt, würde den Radverkehr in Lahr ohne größere Investitionen in einem ersten Schritt fördern und erheblich sicherer

gestalten. Um Bürgern aber das Umsteigen aufs Fahrrad zu erleichtern, würden neben den Freizeitradwegen besonders alltagstaugliche Radwege benötigt. Gefragt, so der Bund, sei ein durchgängiges, sicheres und komfortables Radwegenetz, das Geschäfte, Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen, aber auch kulturelle Veranstaltungsorte anbindet. Gefor-

dert wird daneben eine Beschilderung der Radwege. Nicht nur Touristen, auch Einheimische seien auf Beschilderungen angewiesen, um zügig in Nachbargemeinden, Ortsteile oder auf Fernradwege zu kommen. Dabei sollte man darauf achten, dass die Beschilderung die bereits bestehende Form der Landkreise Ortenau und Emmendingen aufnimmt.

Der Bund wisse sehr wohl, dass es gelungene Einzelprojekte in der Stadt gebe, so Ulrich Sand bei der Übergabe der Petition. Sie müssten aber zusammengeführt werden. So endeten viele Radwege im Nichts, weil sie nicht miteinander vernetzt seien; Radfahrer seien an Straßenkreuzungen gegenüber dem Autoverkehr zumeist benachteiligt. Moniert wird auch, dass es nur wenig komfortable Nord-Süd-Verbindungen gebe, dass die touristische bedeutsame Ost-West-Verbindung am Stadtzentrum vorbei führe, dass an vielen Stellen ein hohes Gefahrenpotenzial für Radfahrer bestehe und dass es keine Wegweisung mit Entfernungen gebe. OB Müller sagte zu, dass sich der Verkehrsausschuss in einer Sondersitzung nach der Sommerpause mit den Themen befassen werde.



Die Petition überreichte Ulrich Sand vom Bund (Vierter von rechts) an Oberbürgermeister Wolfgang G. Müller (rechts).

FOTO: HEIDI FÖSSEL